



AfD

Tel.: 0179 323 81 46

Journal

Frankfurt (Oder)

Inhaltsverzeichnis Ausgabe 5:

Seite 1 - EUROPA FÄLLT!	Seite 7 - Kampf um den Frieden
Seite 2 - Dialog im K.-L.-Gymnasium	Seite 8 - Haushalt 2023/2024
Seite 4 - Trauer	Seite 9 - Booßen Bahnhofstempel
Seite 4 - Die Welenga-Medaille	Seite 10 - An Oder und Rhein
Seite 5 - Wirtschaftsförderung	Seite 12 - Das Letzte
Seite 6 - Problemviertel PNB	

EUROPA FÄLLT!



Paris (Foto: Fotolia)

Frankreich wird wieder heimgesucht von einer Welle der Ausländergewalt, es brennt im ganzen Land.

Das ist kein „Protest“ mehr, sondern die Anfänge von Bürgerkrieg. Warum?

Im Rahmen einer Polizeikontrolle flüchtete ein vorbestrafter Ausländer mit anschließender Fahrerflucht. Die Polizei eröffnete das Feuer und tötete den jungen Ausländer mit algerischen Wurzeln, der flüchten wollte.

In den französischen Vorstädten passiert das immer wieder: Es gab 22.200 Fälle letztes Jahr – ca. 70 am Tag mit insgesamt 13 Todesfällen. In den afro-arabischen Vororten der französischen Großstädte sind Fahrer zu zehntausenden ohne Führerschein unterwegs und flüchten, wenn Polizisten sie kontrollieren wollen. Die Polizisten werden angefahren oder überfahren.

Das ist der Hintergrund, den man kennen sollte, wenn man den Schuss des Polizisten einordnen will, der den jugendlichen Algerier tötete.

Der 17-jährige Schulabbrecher hatte 15 Strafeinträge. Fünfmal Verweigerung von Polizeikontrollen, BtMG-Delikte, fahren ohne oder mit gefälschten amtlichen Kennzeichen und Versicherungsbetrug. Die klassische Karriere eines Kriminellen aus den „Banlieues“ (Vororte) großer französischer Städte.

Er hieß Naël – entzog sich vor dem tödlichen Schuss bereits einer ersten Kontrolle und überfuhr bei der Verfolgungsjagd beinahe Passanten, wie Kameraaufnahmen bestätigen. Bei der zweiten Kontrolle wurde er erschossen, als er das Gaspedal durchdrückte und erneut zu fliehen versuchte.

Der Todesschütze, ein Polizist, heißt

Florian M. Er ist ein verheirateter Vater. Seit diesem Tag wird er „Kindermörder“ und „Rassist“ genannt. Er und seine Frau stehen unter Polizeischutz. Sein Leben wird ruiniert durch Vorverurteilungen mit seinen ganzen psychischen und so-



QR-Code: Rede Curio zur Lage in Frankreich



zialen Folgen.

Durch den Tod des jungen Ausländers entlud sich eine Gewaltorgie in Frankreich.

Schulen und Autos brannten, Angriffe auf Polizei und LKW-Fahrer, Kalaschnikow-Salven verunsicherten die Bürger, Innenstädte glichen Kriegsgebieten und es kam zu Plünderungen.

In Deutschland wird wieder alles umgedeutet: Frust, Wut und Rassismus sind

die üblichen subjektiven Ausreden. Die Ausländerhorden demonstrieren ihre Macht und lehnen die westlichen Gesellschaften ab. Unsere Medien schweigen.

Der Rechtsstaat in Frankreich gibt auf, so die Polizei. Problemviertel werden mittlerweile polizeilich gemieden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Deutschland Frankreichs Zustände erreicht. Verbote haben wir an Silvester gesehen und sehen das in deutschen Schwimmbädern, die von nicht integrierbaren Ausländern heimgesucht werden. Gewalt gegen Frauen etc. ist mittlerweile normal und interessiert unsere SPD-Innenministerin nur wenig, sonst würde sie gegen diese Ausländer gezielt vorgehen.

Wir schreiten auf einen Zustand zu, an dem die Selbstzerstörung Deutschlands aufgrund der Migration keine theoretische Diskussion mehr ist. Das

alte Europa liegt selbstverschuldet im Sterben.

Lage in Frankfurt (Oder): Linke Realitätsverweigerer und ein linker inkompetent wirkender Oberbürgermeister greifen nicht ein, in dem sie gegenüber der Landesregierung massiv gegen die unkontrollierte Zuwanderung nach Frankfurt (Oder) protestieren. Besonders viele junge Ausländer verunsichern die Bürger. Unbegleitete männliche Flüchtlinge destabilisieren die Sozialkasse, gerade hier in Frankfurt. Mittlerweile liegt der Ausländeranteil in Frankfurt (Oder) bei über 18%. Das Land Brandenburg schickt noch mehr junge Männer. Unser Oberbürgermeister unternimmt nichts! Doch, er schafft weitere Vollzeitstellen mit gut bezahltem Personal (siehe Haushalt 2023/2024), das sich rührend um die jungen Männer kümmern wird. Es ist Zeit! Diese unverantwortlichen inkompetenten Politiker müssen weg.

Dialog mit Abgeordneten am Karl - Liebknecht - Gymnasium

Am 30.06.2023 diskutierte unser Landtagsabgeordneter Wilko Möller, mit rund 70 Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 9.

Weitere Landtagsabgeordnete kamen von SPD, CDU, Die Grünen und BVB/Freie Wähler.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den stellv. Schulleiter Herrn Schimming übernahm eine Schülerin die Moderation und startete mit einer Vorstellungsrunde und einem Brandenburg-Quiz. Es folgten intensive Diskussionsrunden an den Thematischen, an denen Streitfragen im

Mittelpunkt standen: Sollte Cannabis legalisiert werden? Sollte das Land den Schülern digitale Endgeräte bereitstellen? Sollte die Wehrpflicht wieder eingeführt werden? Wie mit der „Letzten Generation“ umgehen? Wie weiter mit der Ukraine? Brauchen wir mehr Volksentscheide? Zu all diesen Fragen tauschte man Argumente aus.



Die Abgeordneten wechselten nach jeweils zehn Minuten die Thementische, so dass die Schüler die Standpunkte jeder Partei, aber auch die persönlichen Ansichten einzelner Politiker kennenlernen konnten. An jedem Tisch gab es konstruktive und engagierte Diskussionen. Dies bestätigten auch die jeweiligen Sprecher der Tische, die nach den Runden die besten Pro- und Kontra-Argumente für alle zusammenfasste. Am Ende stimmte das Plenum über die Fragen ab. Unser Abgeordneter Wilko Möller, zeigte sich



Schulaula Karl-Liebknecht-Gymnasium (Foto: Archiv)

positiv überrascht über den erfolgreichen Gedankenaustausch und das Engagement, welches unsere Schülerschaft darbot.

Die Schüler sind viel bodenständiger und konservativer als gedacht. Sie sind für die Wehrpflicht, sind für

Volksentscheide, gegen Klimakleber und wollen die Ukraine nicht unterstützen, damit Deutschland nicht in einen Krieg hineingezogen wird.

Im Anschluss wollten viele Schüler mit unserem Abgeordneten gemeinsame Fotos anfertigen. Nach

der 7. Fotorunde untersagte eine Lehrerin das Anfertigen von Fotos. Sie war der Meinung, dass das keine Werbeveranstaltung sei.

Die anderen Abgeordneten waren bei den Schülern nicht so gefragt. Da gab es kaum Fotoanfragen.

Am 14.09.2023
findet im Messegelände
Messebistro: Messering 3
in 15234 Frankfurt ein
Bürgerdialog, der
Bundestagfraktion statt.
 (Thema Bundeswehr Außen- und Sicherheitspolitik)



Trauer

Unser Vorstandsmitglied Hans-Peter Sax verstarb am letzten Sonntag im Alter von 82 Jahren.

Hans-Peter war im Dezember 2018 dem AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder) beigetreten. Er war sachkundiger Einwohner und ehrenamtlich für die Stadt Frankfurt (Oder) aktiv. Früher gehörte er von 1985 bis 1992 der CSU Bayern an, wo er als Niederlassungsleiter in einer großen Transportunternehmung tätig war. Nach der Wende 1990 übernahm er die Tätigkeit als Berater für Transportunternehmen in Litauen und in der Tschechischen Republik.

In der AfD schätzten wir seine Lebenserfahrung und seinen Rat in den Vorstands- und Fraktionssitzungen. Wir trauern mit den Angehörigen.
AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder)



AfD - Fraktion Brandenburg

Welenga-Medaille (Foto: W.M.)

Die Welenga-Medaille

Die Medaille des Landtages Brandenburg ging dieses Jahr an einen Feuerwehrmann aus Frankfurt (Oder):

Am 2. Juni 2023 wurde Wolfgang Welenga für seine lange ehrenamtliche Tätigkeit als Feuerwehrmann mit der Medaille des Landtages Brandenburg zur Anerkennung von Verdiensten für das Gemeinwesen ausgezeichnet.

DIE MOZ BERICHTETE NICHT ÜBER DIE VERLEIHUNG.

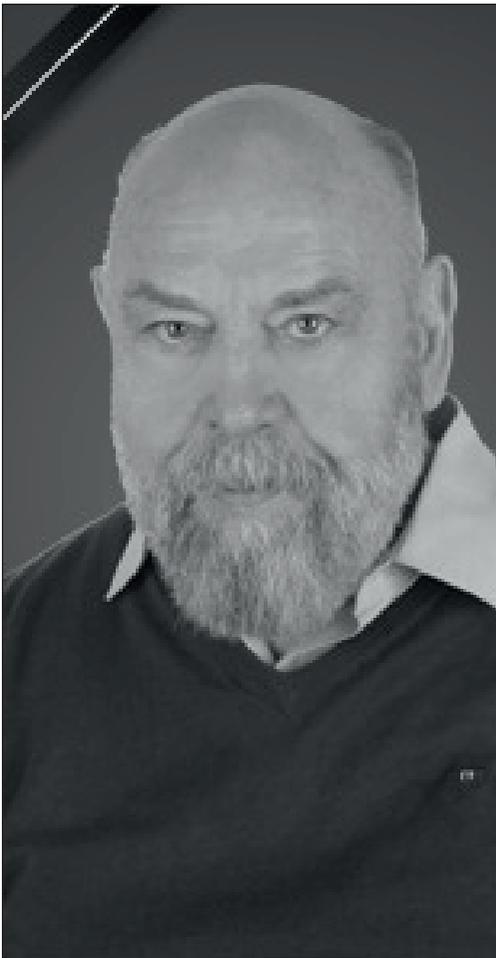
Auf Vorschlag des Landtagsabgeordneten Wilko Möller reichte die AfD-Fraktion Brandenburg die Personaldaten des Herrn Welenga bei der Landtagspräsidentin ein. Im Rahmen einer Feierstunde fand die Auszeichnung neben vielen weiteren Persönlichkeiten, die andere Landtagsfraktionen vorschlugen, durch die Landtagspräsidentin statt. Die Laudatio zu Herrn Welenga nahm der AfD-Landtagsabgeordnete Michael Hanko vor.

Herr Welenga hat sich für die Feuerwehr in Frankfurt (Oder) im besonderen Maße verdient gemacht. Er ist Wehrführer seit 1975 im Ortsteil Kliestow.

Er hatte eine tragende Rolle bei der Gründung und dem Aufbau des Stadtfeuerwehrverbandes Frankfurt im Jahr 1990. Dabei trat er als Brückenbauer für eine demokratische Feuerwehr ein.

Wichtig war ihm die Integration / Überführung / Zusammenführung der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Frankfurt (Oder) aus dem Kommando Feuerwehr, welches dem Ministerium des Innern der DDR unterstand.

Herr Welenga ist Initiator deutsch-polnischer Feuerwehrkooperationen. Er setzt sich für die gebührende Wertschätzung des Ehrenamtes in der Freiwilligen Feuerwehr ein. Außerdem ist Herr Welenga seit 2008 gewählter Abgeordneter der Kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder).



Städtische Wirtschaftsförderung: Der nächste Kandidat bitte!

„Frankfurt geht besser!“ war der vielversprechende Wahlslogan René Wilkes im OB-Wahlkampf 2018. Viele verbanden mit ihm, aus welchen sonderbaren Gründen auch immer, eine Verbesserung der Allgemeinsituation in unserer Stadt. Doch wirklich schnell mussten an dieser Erwartung erhebliche Zweifel aufkommen, wenn man nicht völlig verblendet war.

Besonders schlimm fiel seine Personalauswahl für die Besetzung der 4 Dezernate in der Verwaltung aus. Hier präsentierte Wilke Jens-Marcel Ullrich für Soziales und Jörg Gleisenstein für Bauen. Schon damals fiel auf, dass er mit Herrn Grosse Boymann für die CDU einen völlig fachfremden Musiker doch glatt zum Dezernenten für Wirtschaft und Ordnung (!!!) machen wollte. Das scheiterte zwar, aber dennoch wurde nur eine andere völlige Fehlbesetzung mit Herrn Claus Jungmanns (Historiker) hierfür berufen. Die Auswirkungen dieser Fehlbesetzung und das absolute Fehlen jedes wirtschaftlichen Grundverständnis-

ses des Oberbürgermeisters lassen unsere Stadt nun schon im 6. Jahre der Wilkeschen Amtsträgerschaft weiter ausdorren.

Zunächst kommt dem OB Wilke mit Mario Quast einer der wichtigsten Mitarbeiter der Stadt, verantwortlich für Wirtschaftsförderung, „abhandeln“. Man darf wohl nur spekulieren, was der Hintergrund war? Dann gelingt es lange Zeit dem „Macher“ René Wilke nicht, einen Ersatz zu finden. Mit Claudia Stübler gelang für ca. 1 Jahr eine Neubesetzung bis Ende 2022, bevor es im Bereich Wirtschaftsförderung wieder Ebbe bei der Personalbesetzung hieß. Woran das wohl liegen mag?

Und nun verlässt mit Sebastian Jungnickel nach nur zwei Monaten Amtszeit der nächste Protagonist das sinkende Schiff. Eine wirkliche Glanzleistung des OB und seines Dezernenten. Das alles könnte man unter Umständen noch als Wilkesche Fehlleistung belächeln, doch die geballte Inkompetenz der Rathauspitze vergeigt eine positive Ansiedlung nach der anderen. Neu-

estes Beispiel ist Rheinmetall. Das Unternehmen suchte einen neuen Produktionsstandort mit bis zu 500 Arbeitsplätzen. Die Brandenburger Landesregierung bemühte sich ausdrücklich um eine Ansiedlung, jedoch der OB schien hier kein Interesse zu haben.

Auf unsere Aufforderung nach mehr Engagement in dieser Sache, reagierte er offenbar gereizt und verbat sich derlei Hinweise. Er brauche keine Aufforderung. Was es wieder einmal gebracht hat, sehen wir: Nichts! Auch wir Frankfurter werden teuer für das 100-Mrd.-Sondervermögen zur Aufrüstung zahlen dürfen, aber unter OB René Wilke nichts davon haben! Neben den anderen „Glanzleistungen“ in Sachen vertane Chancen stechen noch das Scheitern der Ansiedlung des Bundesamtes für Auswärtiges und vor allem das sog. Zukunftszentrum hervor. Dass es dem OB gelang, dieses auf Frankfurt fast zugeschnittene Projekt so deutlich zu vergeigen, ist schon einen echten Wilke wert!



„Das Problemviertel“

Bildet sich auch in Frankfurt ein Banlieue heraus?

Bereits seit einigen Jahren macht die Ecke Pablo-Neruda-Block / Salvador-Allende-Höhe Schlagzeilen. Die Zehngeschosser, gepaart mit 4 direkt hintereinander gebauten Hochhäusern bilden eine geballte Menge Wohnraum auf insgesamt sehr geringer Fläche. Das bauliche Plattenensemble, Teil der Mitte der 70er Jahre aus dem Boden gestampften Wohnblöcke des Neubaugebietes Halbe Stadt, ist in die Jahre gekommen, war aber von vornherein unter der Prämisse „Ästhetik ist keine Ethik“ erstellt worden. Da ist es nicht verwunderlich, wenn nach dem Umbruch´89/90 viele, die es konnten, lieber wegzogen. Umso schwerwiegender ist es, dass die Stadt zusammen mit den Wohnungsunternehmen es nicht vermochte, Lösungen für eine deutliche Aufwertung dieses Wohngebietes zu realisieren. Zwar gab es immer mal wieder Ideen und Ansätze, auch baulicher Natur, aber diese verschwanden schnell wieder in der Versenkung. Typisch Frankfurt eben!

Nun, statt wirklicher Aufwertungsmaßnahmen, setzte die Stadt mit ihrer „Willkommenskultur“ lieber zahlreiche Migranten in die leeren Wohnungen. Dazu noch einige sonstige eher schwierige Fälle und ein

„wunderschönes Multikulti-Wohngebiet“ entstand. Die verbliebenen Altm Mieter wurden jedoch nie gefragt. Wozu auch? Diese zahlen ja treu ihre Miete, meist aus eigenem Einkommen, und sollen gefälligst widerstandslos alles hinnehmen. Die alte deutsche Weisheit: „Halt’s Maul und zahl!“, hat ja zurzeit wieder Hochkonjunktur.

Doch wie immer sieht die Realität eher bitter aus. Nicht nur, dass diese Wohngegend seit Jahren verwahrlost, sie ist inzwischen auch zu einem Schwerpunkt der Kriminalität in unserer Stadt geworden. Das, was der OB am liebsten verschweigen würde, bestätigt sich jedoch in zahlreichen Polizeieinsätzen vor Ort, einer großen Durchsuchungsaktion Anfang des Jahres sowie einer Messerstecherei zwischen Asylantengruppen und weiteren körperlichen Auseinandersetzungen. Hinzu kommen die vielen Schilderungen altingesessener Bewohner.

Doch Stadt und WOWI verschließen hiervoor die Augen. Es passt eben so gar nicht in ihre woke Allerheiligenswelt. Herr Eckardt als Geschäftsführer der WOWI GmbH äußerte im Ausschuss auf Nachfrage der AfD zu den Verhältnissen besonders in den Hochhäusern des Pablo-Neru-

da-Blocks lediglich, „...in Wohngebieten mit vielen Menschen kommt es halt immer auch zu bestimmten Spannungen“. Von den in den „Qualitätsmedien“, wie z. B. der MOZ, berichteten Vorfällen und Problemen wollte Herr Eckardt nichts wissen. Warum dann aber ein von Bewohnern als Sicherheitsdienst wahrgenommener Hausdienst hier gesondert eingesetzt wird, konnte Herr Eckardt nur sehr ausweichend (v) erklären.

Besonders jedoch war die Reaktion des OB, der uns vorwarf, nur deshalb ein Interesse an den Vorkommnissen zu haben, weil hierbei Migranten beteiligt waren. Diese Aussage seiner Selbstentlarvung bedarf nun wirklich keines Kommentars.

Doch schon kurze Zeit später gab es eine großangelegte Durchsuchungsaktion für mehrere Wohnungen und eine weitere Auseinandersetzung. Wem wollen hier WOWI und OB eigentlich noch etwas vormachen?

Probleme dieser Art sind das Ergebnis einer verfehlten Politik. Die Entscheidung, Migranten dezentral unterzubringen auf Kosten der Altm Mieter und steuerzahlenden Bürger, hat eben auch seine Schattenseiten. Das gilt natürlich für die ständig zur Schau getragene „Willkommenskultur“ ganz besonders. Doch wenn es angeblich ja nicht daran liegt und die AfD nur „gegen die Ärmsten der Armen hetzt“, ist schon zu fragen, warum sich der OB hektisch und nervös gegen weitere Aufnahmekontingente an die Landesregierung wandte?

Nun, wir haben als AfD mal wieder den Finger als einzige in die Wunde gelegt und damit bewiesen: AfD wirkt!



Pablo-Neruda-Block in FF (Foto: W.M.)

Kampf für den Frieden

Unser Herzensanliegen



Montagsdemo in FF (Foto: W.M.)

Die AfD ist inzwischen die einzige Friedenspartei in Deutschland. Keine andere Partei tritt dermaßen entschieden gegen Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete ein und prangert damit die Verletzung des bisherigen Grundsatzes der deutschen Außenpolitik der vergangenen Jahrzehnte an. Zu diesem Tabubruch der selbsternannten „demokratischen Parteien“ von CDU/CSU bis Linksaußen kommt nun noch die Lieferung von Streubomben und ähnlicher Munition, bei der die „demokratischen Parteien“ offenbar keinerlei Bedenken haben. Damit haben diese Parteien klar und unmissverständlich jede Skrupel hinsichtlich des Einsatzes menschenverachtender Kriegsmittel gegen Zivilisten verloren und scheinen völlig kriegstrunken politisch vernebelt zu agieren. Soll das etwa die viel beschworene „feministische Außenpolitik“ à la Baerbock sein? Als Mensch mit klarem Verstand kann man das nur entschieden ablehnen und noch energischer bekämpfen. Die vereinte Garde der Gutmenschen-Mischpoke

spielt hier fahrlässig, gefährlich und unverantwortlich mit dem nuklearen Feuer und unser aller Leben!

Umso wichtiger ist der Widerstand unserer selbstdenkenden Bürger, wie es in unserer Stadt die AfD und seit mehr als zwei Jahren die Frankfurter Freigeister kontinuierlich, mutig und gegen zahlreiche Verleumdungen unbeirrt tun.

Dass auch in unserer Stadt die linksgrün versifftete Politikgarde friedlich protestierende Bürger, die ihr verfassungsmäßiges Recht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit wahrnehmen, kriminalisieren und verunglimpfen will, wurde mehr als einmal deutlich. Im Januar 2022 forderte der Co-Vorsitzende der grünen Fraktion in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung Dr. Bodo Almert, dass doch bitte die Polizei von Amts wegen die damaligen Spaziergänge anmeldet um dann „einschreiten“ zu können. Offenbar fühlten sich die Grünen schon von ein paar Spaziergängern bedroht.

Bei der bisher größten Friedensdemo in Frankfurt am 25. Februar

versuchten sich 7 Störer als Liegebarrieren quer über die polizeilich genehmigte Demostrecke zu positionieren. Damit wollten sie das Demonstrationsrecht der Teilnehmer behindern. Dies war ganz offensichtlich ein „abgekartetes“ Spiel, denn die sog. „Oderwelle“ war als linke Propagandawelle sogleich vor Ort. Ein Schelm, wer Arges denkt.

Als die Friedensdemonstranten sich den Weg freimachen wollten, um vor allem auch nicht auf die liegenden Störer treten zu müssen, giftete sofort der Linksaußen-Akteur Augustyniak in bekannter Manier von angeblicher Körperverletzung. Wie verzweifelt muss solch ein Mensch eigentlich sein?

Die selbst- und freidenkenden Menschen in unserer Stadt lassen sich aber nicht durch derartig durchschaubare Billigmanöver der Links-Grünen Garde verunsichern! Der vernunftgesteuerte Kampf für den Frieden wird mit uns nie enden!

Haushalt 2023/2024:

Der Oberbürgermeister verweigert eine Erklärung

In der letzten Sitzung der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause am 6. Juli wurde seitens der Rathauspitze der Doppelhaushalt für die Jahre 2023/24 völlig verspätet und mit verkürzter Beratungszeit für die Stadtverordneten verabschiedet. Die AfD lehnte den Haushalt ab. Auch Teile der CDU stimmten nicht zu.

Die AfD lehnte die z. T. deutliche Erhöhung der neuen Hundesteuerersatzung ebenso rigoros ab wie den immensen Stellenaufwuchs um weitere 25 Vollzeitkräfte. Dies erscheint um so dringender, da der Haushalt mittlerweile auf über 300 Mio. EUR aufgebläht ist. Hierbei gehen schon 136 Mio. EUR nur für den Bereich Jugend und Soziales drauf. Der Stellenaufwuchs umfasst im Wesentlichen den Sozialbereich. Dringende Verbesserungen in Bezug auf die Sauberkeit der Stadt - Fehlanzeige. Nur für die sog. „Geflüchteten“ wird noch mehr Betreuungskräfte und Sachbearbeiter angestellt. Aber, dass die Infrastruktur und die Pflege der Grünanlagen – gerade in den Orsteilen wegen Personalmangel zu verwahrlosten „Lost Places“ verkommen interessiert die Verwaltungsspitze nicht. Wir hören immer mehr Klagen von Bürgern, dass Frankfurt immer ungepflegter wirkt.

In dem Haushaltsblock mit 136 Mio. Euro verstecken sich zu einem Großteil die Kosten für Asylanten und Ukraine-Flüchtlinge. Besonders belastet hier die sog. Inobhutnahme „Unbegleiteter Minderjähriger Ausländer“ (UMA). Da ein nicht unerheblicher Teil dieser Jugendlichen und Kinder verhaltensauffällig

sind, müssen diese zumeist in Einrichtungen außerhalb unserer Stadt zu einem Tagessatz von ca. 400,00 EUR untergebracht werden – natürlich alles von deutschen Steuergeldern.

Diesen Mammutkosten stehen aber lediglich ca. 2 Mio. EUR an investiven Mitteln zur Verfügung. – Noch Fragen? So wie wir als Steuerzahler auf Bundes- und Länderebene für die Versorgung der halben Welt herangezogen werden, müssen wir auch auf kommunaler Ebene nochmals kräftig für eine völlig verfehlte Politik herhalten. Aus diesem Grunde forderten wir auch die Streichung von 2 neuen Stellen im Dezernat I für „Staatbürgerschaftsermittlung“ und „Einbürgerungen“ sowie ebenfalls 2 neue Stellen im Dezernat III für einen „Verfahrenslotsen“ und „Sozialarbeiter“ für die Ausländerbetreuung.

Dazu werden auch noch 154.600 EUR für die Selbstverwirklichung von Fördergeldakrobaten der „freien Kulturszene“, z. B. der Sinnfrei-Projekte eines Michael Kurzwellys mit seinem „Brückenplatz“, des Linksaußen-Vereins „Utopia e. V.“ und anderer atemberaubend schwachsinniger Projekte wie „Vulva-Gespräche“ oder sonstiger Körperkonversationen ausgegeben.

Der Verein „Utopia e.V.“ sticht hier hervor. Mit Steuergeldern der Stadt und des Bundes aus dem Programm „Demokratie leben!“ erstellt Utopia eine Broschüre „Chronik rechter und rassistischer Vorfälle in FFO“. In der 2021er Ausgabe werden explizit Vorfälle und Erfahrungen in Behörden und Ämtern in unserer Stadt angeprangert. Besonders hervorgehoben wird hierbei, dass „Migrant*innen häufig keine Termine

oder Vorstellungsgespräche“ erhalten oder diese werden „...abgesagt oder immer wieder verschoben“.

Mit derlei Behauptungen werden die Mitarbeiter in jenen Behörden und Ämtern pauschal eines „rassistischen Umgangs“ mit Migranten beschuldigt. Dies ist nicht hinnehmbar und auch ehrverletzend.

Auch werden immer wieder Vereine als nur vermeintlich international und integrationsfreundlich beschrieben. „Migrant*innen, Geflüchtete und/oder BIPOC“ werden nur bedingt „...willkommen heißen“ und ansonsten „nur vorgeführt“. Desweiteren wird unterstellt, dass über Migranten in Abwesenheit „...die Leute (beginnen), über sie zu reden – zu lästern“. Damit wird die Arbeit von Vereinen und Sportvereinen niedergemacht, was keiner der verantwortlichen Akteure verdient hat.

Der Verein Utopia e.V. tritt aber weiter völlig ungeniert und ungehindert diskreditierend gegen Mitarbeiter und Verantwortliche sowie Vereinsmitglieder auf. Wir forderten deshalb mit einem Antrage, die Steuermittel für diesen Linksaußen-Verein zu streichen!

Wenn sich jedoch seitens des OB als obersten Dienstherren die vorgebrachten Anschuldigungen als rechters erweisen sollten, muss er sich fragen lassen, was in seinem Verantwortungsbereich nicht stimmt! Aber wie nicht anders zu erwarten, bleibt der OB bis heute eine Antwort schuldig. Dass er jedoch gegen unseren Antrag war, konnte er gar nicht schnell genug bekunden. Nun Herr Wilke, die Frage bleibt aber bestehen: Lügt „Utopia e.V.“ oder haben Sie als OB Ihren Laden wirklich nicht im Griff?

Landesregierung lehnt ab!



Bahnhof Booben (Foto: W.M.)

Öffentlichen Nahverkehr stärken

BAHNHALTEPUNKT BOOßEN REAKTIVIEREN!

Die Rede zum Antrag

Wir haben den Ortsbeirat Booben unterstützt und viele Unterschriften gesammelt. Wir haben in der Stadtverordnung (SVV) sogar mit den „Verkehrswendeparteien“ Grüne, Linke etc. einstimmig für den Bau des Haltepunktes Booben votiert. Unser Landtagsabgeordneter, Wilko Möller, stellte über die AfD-Landtagsfraktion einen Antrag im Plenum an die Landesregierung mit dem Ziel der Einrichtung des Haltepunktes. Die Rede zum Antrag können Sie anhand des QR-Codes nachvollziehen. Sogar auf Wunsch der SVV sollten die Landtagsabgeordneten Sarah Damus und Wilko Möller noch einmal sich schriftlich an Herrn Beermann (Minister für Infrastruktur und Landesplanung) wenden. Unser Landtagsabgeordneter hat natürlich keine Antwort vom Minister erhalten. Den Brief unseres Landtagsabgeordneten haben wir hier beigefügt. Viele Bürger sind vom Haltepunkt Booben überzeugt. Doch die Landesregierung will die-

sen Bürgerwunsch nicht einlösen. Wir fragen uns, ob diese Damen und Herren, die sich in der Regel mit großen schwarzen Limousinen der Oberklasse durch die Gegend fahren lassen, wirklich am Haltepunkt interessiert sind? Man ist ja seit Corona einiges von diesen Maulhelden mit wenig Sachverstand gewöhnt, aber so lässt sich eine sog. Verkehrswende nicht erreichen, wenn der öffentliche Personenverkehr gerade bei solchen Projekten scheitert. Die Bürger befürworten dieses Projekt, weil sie nachvollziehbare Argumente haben. Auch wir sehen im Haltepunkt Booben große Vorteile gegenüber dem pendlerfeindlichen Zentralbahnhof Frankfurt (Oder).

Hat Frau Damus von den Grünen als Mitglied der Regierungspartei gar keinen Einfluss? Hatte sie nicht beim Treffen zwischen unserem Landtagsabgeordneten Wilko Möller und Herrn Dr. Prusa (Dezernent für Stadtentwicklung, Bauen und

Umwelt der Stadt Frankfurt (Oder) Anfang des Jahres noch erzählt, dass da viel im Hintergrund passiert und Befürworter in Position gebracht werden? Sind das alles Luftnummern oder sind diese Typen nur Luftpumpen? Was stimmt bei diesen Politikern nicht?

Wilko Möller
Mitglied des Landtages Brandenburg
Mitglied der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Potsdam, 14. Juli 2023

Wilko Möller, MdB, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Minister für Infrastruktur und Landesplanung
Herr Guido Beermann
Henning-von-Tresckow-Str. 2-8
14467 Potsdam

Mitglied im Landtag Brandenburg
Wilko Möller, MdB
Alter Markt 1
14467 Potsdam
Büro: 2.088
Telefon: +49 331 966 1820
Fax: +49 331 966991820
wilko.moeller@landtag.brandenburg.de

Landesverkehrsplan 2023-27, Reaktivierung des Haltepunktes Booben

Sehr geehrter Herr Minister,

ich setze mich seit 2020 für die Wiedereröffnung des Haltepunktes Booben im OT Booben der Stadt Frankfurt (Oder) ein.

Die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder) beauftragte 2022 einstimmig den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den 1996 aufgegebenen Haltepunkt Booben zu reaktivieren. Der laufende Bahnbetrieb ist ja immer noch aktiv. Auch sammeln wir in Frankfurt (Oder) parteiübergreifend mehrere Tausend Unterschriften. Zumindest der Haltepunkt Booben sollte mit einem sog. Park-and-Ride-System reaktiviert werden.

Ich persönlich als Frankfurter sehe dort ein enormes Nutzungspotential, die man nicht an der Einwohnerzahl Boobens festmachen darf.

Fast jeder Frankfurter hält den sog. Hauptbahnhof in Frankfurt (Oder) für unattraktiv. Das relativ teure Parkhaus ist abgelegen, dunkel und bildet einen bei der Polizei anerkannten klassischen sog. Angstraum (Kriminalität).

Der Innenstadtbahnhof in Frankfurt ist mit dem Auto schlecht erreichbar und sorgt für lange Wege.

Ein Haltepunkt Booben könnte für viele Pendler aus Frankfurt und Umland wie z. B. Lebus etc. eine ideale Alternative zum Bahnhof Frankfurt und PKW darstellen.

Sehr geehrter Herr Minister,

ich bitte Sie zumindest für den Haltepunkt Booben einen Probebetrieb einzuführen. Ich gehe von einer großen Erfolgsgeschichte aus.

Mit freundlichen Grüßen

Wilko Möller, MdB.

Seite 9

An Oder und Rhein

(Ein Schweizer besuchte uns.)

Heute früh stand ich am Ufer des Hochrheins zwischen Bodensee und Basel. Jetzt am Abend bin ich bei Ihnen in Frankfurt an der Oder. Also hier am Schicksalsstrom der Mark Brandenburg.

Ich grüße Sie aus der Schweiz, einem Land freier Bürger. Dort bin ich seit 13 Jahren als deutscher Gastarbeiter tätig. Vor einiger Zeit traf ich einen Landsmann, ebenfalls dort aktiv. Der junge Veranstaltungstechniker sagte mir: „Seit ich in der Schweiz arbeite, fühle ich mich zum ersten Mal in meinem Leben respektiert. Vorher, in Bremen und

Baden-Württemberg, wurde ich nur ausgebeutet.“ Einzelmeinung? Dutzende ähnlicher Geschichten könnte ich erzählen.

Wie würde unser deutsches Vaterland, wie würde euer wunderbares, an Traditionen reich gesegnetes Brandenburg aussehen - vorausgesetzt, wir beherzigen jene Regeln, die die Grundlage des schweizerischen Erfolgs ausmachen? Schauen wir genauer hin. Die Schweiz hat eine gesunde Portion Egoismus. Sie behält das Geld, das sie erwirtschaftet, im Land. Klingt einfach. Und ist doch so wirksam: Finanzen werden erarbeitet, angesammelt, aufgespeichert, zügig ausgegeben - und

zwar im Lande selbst. Dem werktätigen Volk stehen die erarbeiteten Mittel zur Verfügung.

Die Schweiz gehört den Schweizern. Dieser Grundsatz wird in aller Höflichkeit und Bescheidenheit betont und unterstrichen. In Bezug auf diese selbstbewusste Schwerpunktsetzung versteht die Alpenrepublik keinen Spaß. Was folgt daraus für uns? Brandenburg gehört den Brandenburgern. Und Deutschland den Deutschen. Und Frankfurt gehört euch Frankfurtern. Tragt also Sorge für das Eigene! Sorgt für die hiesigen Unternehmen. Für die hier laufenden Geschäfte. Erhaltet und sichert die Werte, die Ihr mit eige-



nen Händen erworben habt. Kippt sie nicht im Ausland vor die Hunde. Das Eigene hat Vorrang vor dem Fremden. Das Vaterland hat Priorität. Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute so nahe ist? Lasst nicht zu, dass eure Steuermittel über die Grenzen abfließen ins Nirgendwo. Setzt sie hier im Land für Familien und Wohnraum, Schulen und Bildung, Tradition und Kultur, Polizei und Sicherheit, Wirtschaft und Verkehr ein. Ihr Politiker in Potsdam und Berlin: Verplempert unser sauer verdientes Geld nicht im Ausland. Auch nicht in der EU oder in der NATO! Und wenn ihr an internationale Verträge gebunden seid? Dann tut eure Pflicht. Leistet den Mindestbeitrag. Auf keinen Fall aber mehr. Geiz ist geil.

Humanität und Neutralität

Die Schweiz ist weltoffen. Sie ist gut Freund mit unzähligen Ländern. Sie ist aufgeschlossen für vielerlei Anregungen, woher auch immer sie kommen. Sie ist nicht einseitig in der Auswahl ihrer Gesprächspartner. Sie streckt ihre Fühler nach allen Himmelsrichtungen aus. Sie vertritt ein humanistisches Weltbild. Sie orientiert sich an den Menschenrechten entsprechend der Charta der Vereinten Nationen. Sie beherbergt in Genf zahlreiche Hilfswerke dieser Weltorganisation.

So weit, so gut. Nun kommt das große ABER: Die Schweiz lässt sich nicht einbinden in Netzwerke, die sie unter Zugzwang bringen. Die Schweiz lässt nicht zu, dass man sie bevormundet. Sie unterstellt sich nicht ausländischen Richtern, Schulmeistern, Oberlehrern, Gouvernanten. Die Alpenrepublik ist sich selbst genug. Sie ist nicht Teil eines Blocks. Sie ist nicht abhängig von einem Lager.

Wollt Ihr der Schweiz folgen, liebe Deutsche, liebe Brandenburger, liebe Frankfurter? Dann baut Abhängigkeiten ab, die euch ans Ausland binden. Der Weg dorthin wird kein leichter sein. Er ist steinig und schwer. Denn das Ziel heisst: Blockfreiheit in nationaler Selbstbestimmung.

Direkte Demokratie

Was ist das berühmteste Element, wofür die Schweiz weltbekannt wurde? Das ist ihre liebevoll gehegte und gepflegte Demokratie, die fest an der Basis verankert ist. Das bedeutet: Fast alle gesetzlichen Vorhaben werden vom Volk an der Urne abgesegnet, bevor sie in Kraft treten. Und wenn die Basis nicht mitzieht? Dann treten sie eben nicht in Kraft. Oder ganz wesentlich anders, als es ursprünglich geplant war. So einfach ist das. Hat man gesehen

bei der Minarett-Abstimmung 2009 und schon damals bei der Ablehnung des EU-Beitritts 1992. Und wie war es vor kurzem bei der Covid-Gesetzgebung 2020 und 2021? Dank 40 Prozent Nein-Stimmen fiel sie in der Schweiz wesentlich milder und toleranter aus als bei uns.

Und das alles in Verbindung mit einer vollkommen autonomen Selbstverwaltung. Die Steuern werden vor Ort eingezogen. Und gelangen direkt in die Gemeindekasse - ohne Umweg über eine überregionale Instanz. Natürlich gibt es auch einige wenige Steuern, die an die Kantone und den Bund entrichtet werden. Aber die sind fein säuberlich getrennt von dem Hauptteil der Steuern, die am Ort verbleiben und vor Ort ausgegeben werden. Insgesamt ist die Steuerlast des Bürgers vergleichsweise bescheiden.

Wollen wir hier in Brandenburg und Deutschland etwas Ähnliches einführen? Unser Grundgesetz ist offen, in diese Richtung ausgestaltet und weiterentwickelt zu werden. Sobald das geschieht, gewinnen wir als deutsches Volk jene Souveränität zurück, die wir in früheren Zeiten besaßen, dann verloren und bis heute leider noch nicht wieder erlangten.

G.H. Spieth, Schweiz

Hier könnte Ihre Werbung stehen!

Das Letzte

Die Pressemitteilung der AfD-Fraktion Frankfurt (Oder) und des AfD-Stadtverbandes zur Zukunft des Stadthauses wurde von der MOZ nicht veröffentlicht - infolgedessen veröffentlichen wir es hier noch einmal:

Die von der Verwaltung favorisierte Lösung für die räumliche Organisation des sog. Technischen Rathauses mit dem Ergebnis eines Neubaus an der Marktostseite im Herzen unserer Stadt lehnt die AfD Frankfurt (Oder) ab.

Seit vielen Jahren besteht das Stadthaus an der Goepelstraße auf dem Areal des einstigen Städtischen Krankenhauses. Das Stadthaus bietet für Besucher und Mitarbeiter der Stadt gute Parkmöglichkeiten. Das Gesamtgrundstück ist auch groß genug, um bei intelligenter Planung eventuell benötigte Erwei-

terungsbauten zu realisieren. Desweiteren befinden sich noch Ämter der Verwaltung seit Jahren im Oderturm.

Mit der nun ins Kalkül geworfenen Variante eines Neubaus sind nicht nur z. T. enorme Kosten von 50-60 Mio. EUR verbunden, sondern auch neue Probleme. Was wird in diesem Falle mit dem Oderturm, der schon jetzt auf die Stadt als partieller Ankermieter angewiesen ist, und eben auch mit den Immobilien des jetzigen Stadthauses?

In dem Neubau in der Innenstadt sollen alle bisherigen 560 Arbeitsplätze zentral untergebracht werden. Aber werden tatsächlich mit zunehmender Digitalisierung und dem Trend zum sog. Home-Office noch entsprechend viele Büroflächen benötigt? Und welcher Nutzen ergibt sich daraus, auf eines der letzten großen Fi-

letgrundstücke in der Innenstadt einen weiteren Verwaltungsklotz zu errichten?

Der ständig ins Feld geführte Ansatz, damit die Innenstadt durch neue Arbeitsplätze zu beleben, hat schon mit dem Arbeitsamt/Jobcenter und der Volkshochschule nicht funktioniert. Wenn dann noch der alte Ufa-Palast als Landesmuseum für moderne Kunst ausgebaut und das Gelände an der Stadtbrücke für ein „Ukraine-Zentrum“ vergeudet wird, kann der OB auch gleich ein riesiges Leichentuch über das Frankfurter Stadtzentrum legen!

Allein die Summe von ca. 50 Mio. Euro und mehr ist dem Bürger nicht vermittelbar. Wir brauchen dringend ein Schwimmbad, aber dafür ist kein Geld da. Aber fragwürdige Büroflächen und das Leerziehen bestehender Immobilien klingen da wie ein schlechter Witz einer schlechten Verwaltungsspitze.



Impressum:

Das AfD-Journal
für Frankfurt (Oder)
Wilko Möller (MdL)
Ingolf Schneider (FV)

AfD-Stadtverband
Frankfurt (Oder)
AfD-Fraktion
Frankfurt (Oder)
Müllroser Chaussee 22
15236 Frankfurt (Oder)

Herausgeber:
AfD-Fraktion
Frankfurt (Oder)

Auflage: 30.000 Stück
Verantwortlich im Sinne
des Deutschen Presserechts:
Wilko Möller MdL
und Ingolf Schneider

Tel.: 0152 01725930
E-Mail: wilko.moeller@afd-ffo.de